

Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
Kanzlei der Bürgerschaft

16.05.2011

**Niederschrift des öffentlichen Teiles der 16. Sitzung**  
der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 16. Mai 2011

Beginn : 18:10 Uhr  
Ende : 21:45 Uhr  
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

**Anwesend :**

- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Dr. Ullrich Bittner
- Norbert Braun
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Klaus Heiden
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Andreas Kerath
- Edda Krille
- Christian Kruse
- Angela Leddin
- Jürgen Liedtke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Prof. Dr. Manfred J. Matschke
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Pegel
- Christian Radicke
- Sebastian Ratjen
- Angelika Richter
- Karl-Dieter Schmidt
- Dr. Mignon Schwenke
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Alexa Worm
- Ingo Ziola

**Entschuldigt :**

- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Lüer Kühne
- Anja Reuhl

**Tagesordnung**

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. **Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 5.1. Wahl des Kinderbeauftragten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
B313-16/11  
*Jugendhilfeausschuss*
- 5.2. Wahl der Gemeindewahlleitung und der Stellvertretung für Kommunalwahlen  
B314-16/11  
*Oberbürgermeister*
- 5.3. Änderung des stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Trägers "Öffnung der Schulen"  
B315-16/11  
*Dez. III, Amt 51*
- 5.4. Besetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Greifswald GmbH  
B316-16/11  
*CDU-Fraktion*
- 5.5. Vorläufige Hauptsatzung für den Landkreis Südvorpommern gem. § 20 Abs. 1 LNOG M-V  
B317-16/11  
*Oberbürgermeister*
- 5.6. Namensvorschlag für den künftigen Landkreis mit der vorläufigen Bezeichnung Südvorpommern  
B319-16/11  
*Oberbürgermeister*
- 5.7. Errichtung eines Pflegestützpunktes  
*Dez. III*
- 5.8. Auftrag zur Überprüfung der Wallanlagen im Abschnitt Mühlentor bis Fangenturm  
B320-16/11  
*Bündnis 90 / Die Grünen*
- 5.9. Atomstromfreie Stadtwerke Greifswald GmbH  
B321-16/11  
*Bündnis 90 / Die Grünen*
- 5.10. Entfernen von Aufklebern  
*CDU-Fraktion*
- 5.11. Fusionsforschung Wendelstein 7-X muss gesichert bleiben  
B323-16/11  
*CDU-Fraktion*
- 5.12. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 - Karl-Krull-Straße - Satzungsbeschluss  
B324-16/11  
*Dez. II, Amt 60*
- 5.13. **Tischvorlage**  
Umbesetzung Ausschüsse  
B310-16/11  
*CDU-Fraktion*
- 5.14. **Tischvorlage**  
Benennung Stellvertreter OTV Schönwalde I/Südstadt  
B311-16/11  
*FDP-Fraktion*
- 5.15. **Tischvorlage**  
Umbesetzung OTV Wieck / Ladebow  
B312-16/11  
*Die Linke*
- 5.16. **Tischvorlage**  
Aufgabenrückholung an die UHGW im Rahmen des LNOG  
B318-16/11  
*interfraktioneller Antrag*
6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 6.1. **Beschlusskontrolle**  
Jugendhilfeplanung - Aktualisierung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
B294-15/11  
*Dez. III, Amt 51*
7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
8. Mitteilungen des Präsidenten
9. Bestätigung der Niederschrift vom 28.03.2011
10. Schluss der Sitzung

**Der Oberbürgermeister informiert, dass im Foyer des Rathauses eine Aktion zum Thema „Alkohol“ präsentiert wird. Die Hansestadt Greifswald beteiligt sich an der bundesweiten Aktionswoche „Alkohol“ mit dem Titel „Alkohol - weniger ist besser!“. Das Konsumverhalten in Deutschland ist zu hoch. Dafür zu sensibilisieren, ist das Anliegen der Aktionswoche.**

**Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit**

Der Präsident eröffnet die 16. Sitzung der Bürgerschaft und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Zur öffentlichen Sitzung sind zu Beginn 40 Mitglieder der Bürgerschaft anwesend. Damit ist die Bürgerschaft beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine Stellvertreter, Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

**Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Der Präsident informiert über ausgereichte Tischvorlagen, die er vorschlägt, wie folgt einzuordnen:

Umbesetzung Ausschüsse  
*CDU-Fraktion*  
**als TOP 5.13**

Benennung Stellvertreter OTV Schönwalde I/Südstadt  
*FDP-Fraktion*  
**als TOP 5.14**

Umbesetzung OTV Wieck / Ladebow  
*Die Linke*  
**als TOP 5.15**

Aufgabenrückholung an die UHGW im Rahmen des LNOG  
*interfraktioneller Antrag*  
**als TOP 5.16**

Die Tagesordnungspunkte sollen von der Reihenfolge her vor TOP 5.1 behandelt werden und TOP 5.16 nach TOP 5.5.

Da es keinen Widerspruch gibt, lässt der Präsident über die Tagesordnung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**

Für den Seniorenbeirat bittet Herr Dr. Frisch Herrn Dembski, Auskunft über den Stand der Verhandlungen mit der AOK und dem Universitätsklinikum über die Errichtung eines Pflegestützpunktes zu geben.

In Bezug auf die Frage von Herrn Dr. Frisch teilt der Präsident mit, dass die Verwaltung den TOP 5.7 zurückzieht. Deshalb lässt der Präsident die Frage zu. Au-

Berdem informiert der Präsident, dass die CDU-Fraktion den TOP 5.10 zurückzieht.

Herr Dembski berichtet über den Stand der Verhandlungen mit der AOK und dem Universitätsklinikum. Die AOK hat die Pflegekassen vertreten.

Seitens der Pflegekassen bestehen Bedenken, dass die Universität wirklich trägerneutral ist. Am Ende des Gesprächs hat die AOK nach Rücksprache mit den anderen Pflegekassen darauf hingewiesen, dass es nur möglich sei, wenn alle anderen Träger von Pflegeeinrichtungen solch einer Errichtung zustimmen. Der Senator hat das mit dem Pflegevorstand bei der Universität erörtert. Beide sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wenig Aussicht auf Erfolg besteht.

Senator Dembski sagt aber nochmalige Verhandlungsgespräche mit der AOK zu. Nach einer Vereinbarung des Sozialministeriums mit den Pflegekassen sind die Pflegekassen federführend, die Pflegestützpunkte einrichten sollen. Die Kommunen können sich beteiligen. Dazu muss man aber einen Weg finden, das auch finanziell abzusichern und geeignete Räumlichkeiten zu finden.

**Auf die Frage des Präsidenten, ob es Einwände gegen Bild- und Tonaufnahmen gibt, erhebt niemand Widerspruch.**

#### **Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Fragen zur Besetzung des Kernenergiebeirates. Die Beantwortung erfolgt durch den Oberbürgermeister.

Von der SPD-Fraktion gibt es Fragen zur Schulhofumgestaltung/-neugestaltung. Die Beantwortung erfolgt durch Senator Hochheim.

Die Fragen und deren Beantwortung werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

#### **Zu TOP: 5 Diskussion von Beschlussvorlagen**

##### **Zu TOP: 5.13 Umbesetzung Ausschüsse**

B310-16/11

Auf Nachfrage von Bürgerschaftsmitgliedern erklärt Herr Prof. Hardtke, dass er seinen Rücktritt aus den Ausschüssen angeboten hat.

Der Präsident lässt über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neuer Vertreter im Bauausschuss wird Sven Thonack statt Frau Henrike Gänß ernannt.

Als neuer Vertreter im Sportausschuss wird Herr Franz-Robert Liskow statt Herr Frank Hardtke ernannt.

Als neuer Stellvertreter im Hauptausschuss wird Christian Kruse statt Herrn Frank Hardtke ernannt.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 6 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 5.14 Benennung Stellvertreter OTV Schönwalde I/Südstadt**  
B311-16/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Richard Frankowski wird Stellvertreter für Sebastian Ratjen in der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Südstadt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 5.15 Umbesetzung OTV Wieck / Ladebow**  
B312-16/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bestätigt folgende Umbesetzung in der Ortsteilvertretung Wieck / Ladebow.

Herr Rainer Millahn wird Mitglied der OTV, Herr Sebastian Heiden scheidet aus.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 5.1 Wahl des Kinderbeauftragten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**  
B313-16/11

Die beiden Kandidaten Frau Schulz-Jokiel und Herr Jacobs stellen sich den Mitgliedern der Bürgerschaft vor

Frau Dr. Schwenke beantragt eine geheime Wahl.

Es werden rosa Stimmzettel nach folgendem Muster verwendet:

<b>Wahl der/des Kinderbeauftragten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Bürgerschaft am 16.05.2011 TOP 5.1</b>	
<b><i>Frau Kathrin Schulz-Jokiel</i></b>	<input type="radio"/>
<b><i>Herr Bengt Jacobs</i></b>	<input type="radio"/>

**Wahlkommission:**

SPD-Fraktion	Herr Pegel
CDU-Fraktion	Herr Liedtke
Linksfraktion	Frau Krille

Der Präsident bittet die anwesenden Mitglieder der Bürgerschaft in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe in die Wahlkabine.

Nach der Stimmauszählung durch die Wahlkommission gibt der Präsident folgendes Ergebnis bekannt:

**Abstimmungsergebnis:** 39 anwesende Mitglieder der Bürgerschaft  
39 abgegebene Stimmen  
39 gültige Stimmen  
16 Stimmen für Frau Schulz-Jokiel  
**23 Stimmen für Herrn Jacobs**

Damit wählt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald **Herrn Bengt Jacobs mit 23 Stimmen** zum ehrenamtlichen Kinderbeauftragten für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald.

Herr Bengt Jacobs nimmt die Wahl an und bedankt sich für das ihm entgegen gebrachte Vertrauen.

**Zu TOP: 5.2 Wahl der Gemeindewahlleitung und der Stellvertretung für Kommunalwahlen**  
B314-16/11

Gemäß § 9 Abs. 3 des Landes- und Kommunalwahlgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (LKWG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.12.2010 wählt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

**Frau Petra Demuth** zur Gemeindewahlleiterin und  
**Herrn Gerald Walckling** zum Stellvertreter für die Kommunalwahl.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 5.3 Änderung des stimmberechtigten Mitglieds im Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Trägers "Öffnung der Schulen"**  
B315-16/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt auf Vorschlag des Vereins „Öffnung der Schulen“ e.V. Frau Martina Hadlich als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 5.4 Besetzung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Greifswald GmbH**  
B316-16/11

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald wählt **Herrn Jürgen Liedtke** als Nachfolger für den verstorbenen Herrn Jürgen Hahn zum Mitglied des Aufsichtsrates der Stadtwerke GmbH.

**Abstimmungsergebnis:** bei 37 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Herr Prof. Joecks teilt mit, dass er weder an der Beratung noch an der Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 5.5, 5.16 und 5.7 teilnimmt und verlässt den Sitzungsraum.

**Zu TOP: 5.5 Vorläufige Hauptsatzung für den Landkreis Südwestpommern gem. § 20 Abs. 1 LNOG M-V**  
B317-16/11

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage ein und nimmt die Begründung vor. Inhalts- und wortgleich geht diese vorläufige Hauptsatzung in den Kreistag von Uecker-Randow und Ostwestpommern. Deshalb bittet Herr Dr. König diese vorläufige Hauptsatzung in der gleichlautenden Form zu verabschieden. Wenn das nicht geschieht, müsste das Innenministerium eine Entscheidung fällen.

Herr Liskow informiert die Mitglieder der Bürgerschaft über redaktionelle Änderungen in der Hinsicht, dass Entwurf gestrichen wird und dass es sich um die vorläufige Hauptsatzung mit der vorläufigen Bezeichnung „Südwestpommern“ handelt.

Herr Multhaus teilt im Rahmen der Diskussion mit, dass er seine Zustimmung nicht geben wird. Er beantragt, auf der Seite 5 im § 8 Beratende Ausschüsse, Punkt (1) f) im Ausschuss für Bildung und Kultur „Sport“ aufzunehmen. Hinsichtlich § 17 Amtliche Bekanntmachungen auf der Seite 11 kritisiert er, dass mit der Veröffentlichung nur im Internet die Hauptsatzung rechtskräftig wird. Er findet das schlimm und hält das für nicht zulässig.

Herr Dr. Bartels verleiht seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Überarbeitung der Hauptsatzung durch den neuen Landtag gründlich, öffentlich und transparent erfolgt.

Unter anderem hält Herr Dr. Bartels es für äußerst wichtig, dass die Politiker im neuen Landkreis hauptamtlich unterstützt werden müssen. Dafür müssen vor allem die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Das was in der jetzigen Hauptsatzung vorgesehen ist, reicht in keiner Weise aus.

Herr Dr. Fassbinder teilt die Auffassung, dass der Start mit der nichtöffentlichen Diskussion unglücklich gelaufen ist. Er hofft, dass die Hauptsatzung im neuen Kreis öffentlich geändert wird. Seine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird der Vorlage zustimmen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über die beiden Änderungsanträge von Herrn Multhaus abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:** „Sport“ im § 8 (1) f) aufnehmen  
bei 12 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmungsergebnis:** § 17 (1) streichen  
bei 2 Ja-Stimmen und einigen Stimmenthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschluss mit den genannten redaktionellen Änderungen abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die in der Anlage beigefügte vorläufige Hauptsatzung für den neuen Landkreis mit der vorläufigen Bezeichnung Südvorpommern.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Der Präsident teilt mit, dass Herr Prof. Joecks nicht an der Abstimmung teilgenommen hat.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Dr. Meyer für die Bürgerliste eine Auszeit.

### **Auszeit von 19:10 Uhr bis 19:25 Uhr**

#### **Zu TOP: 5.16 Aufgabenrückholung an die UHGW im Rahmen des LNOG B318-16/11**

Herr Hoebel bringt die ausgereichte Tischvorlage als interfraktionellen Antrag ein und nimmt die Begründung vor. Er erklärt, dass das vorliegende Dokument Ergebnis zahlreicher Beratungen der Arbeitsgruppe Kreisgebietsreform ist. Die Vorlage ist im Wesentlichen mit allen Fraktionen abgestimmt.

Der Oberbürgermeister fordert die Mitglieder der Bürgerschaft auf, auch bei den Fraktionskollegen in Uecker-Randow und Ostvorpommern zu werben. Dort werden die Entscheidungen getroffen.

Im Rahmen der Diskussion stellt Herr Prof. Hardtke einen Änderungsantrag zu Ziffer 5. des Beschlussantrages. Im letzten Satz hinter Ziel sollte es lauten:

„... Ziel: **Übernahme von Gesellschaftsanteilen an der GEG durch die VEO oder den Landkreis OVP mit dem Ziel einer gemeinsamen Abfallentsorgungsgesellschaft für Teile des künftigen gemeinsamen Landkreises unter Beachtung des heute in der Bürgerschaft gefassten Beschlusses unter TOP 4.3 des nichtöffentlichen Teiles.**“

Im nächste Absatz „...Ziffer 1 – 5 ...“ scheint nicht mehr korrekt. Seiner Meinung nach müsste es 1, 2 und 4 heißen. Bei Ziffer 3 gehen die Verträge an den Landkreis über. Da geht es nicht um eine Rückholung.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Hochschild, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage unter dem Finanzierungsvorbehalt zustimmt.

Herr Dr. Kerath erklärt für die SPD-Fraktion, dass sie der Beschlussvorlage zustimmen wird. In seinen Ausführungen bemerkt er, dass seine Fraktion bereits in der Sondersitzung im Januar 2011 versucht hat, die Dinge auf den Weg zu bringen, leider nicht mit Erfolg. Dadurch ist wertvolle Zeit verloren gegangen.

Der Oberbürgermeister macht deutlich, dass auf die Mitglieder der Bürgerschaft Sondersitzungen zukommen werden, weil es in den turnismäßigen Sitzungen bis zur Kreisgebietsreform nicht zu schaffen ist.

Herr Wille macht deutlich, dass sich der Kämmerer natürlich Sorgen ums Geld macht. Ganz besonders spricht er den Punkt 2. der Vorlage an. Anhand der Jugendhilfe als örtlicher Träger erläutert er, dass es sich um Millionen-Beträge handelt.

Im Rahmen der Diskussion weist Herr Pegel darauf hin, dass der Name „Dr. Michael Valenthin“ hinter der AOK im Punkt 3. g) zu streichen ist.

An die Ausführungen von Herrn Wille zur Jugendhilfe anknüpfend schlägt Herr Pegel vor, im Absatz vor Punkt 4. hinter dem 03.09.2011 **„entweder durch den Landkreis Ostvorpommern oder durch den Landkreis Uecker-Randow“** zu ergänzen.

Herr Dr. Bartels bringt zum Ausdruck, dass es im Begleitausschuss zur Kreisgebietsreform Niemanden gibt, der die Verhandlungen als leicht bezeichnet. Von der Verwaltung und dem Oberbürgermeister wird erwartet, dass die Verhandlungen intensiv und mit Nachdruck geführt werden.

Im Rahmen der Diskussion schlägt Herr Hochschild vor, im vorletzten Absatz des Beschlussvorschlags das Wort „Rückholung“ durch **„Umsetzung“** zu ersetzen.

Nach einigen weiteren Anmerkungen fasst der Präsident die Diskussion zusammen und stellt folgenden geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, im Rahmen des LNOG schnellstmöglich Verhandlungen mit den Landkreisen OVP, Uecker - Randow und Demmin (teilw.) mit dem Ziel einer Rückholung des ÖPNV als Aufgabe der künftigen großen kreisangehörigen Stadt Greifswald zu beginnen.

2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, im Rahmen des LNOG schnellstmöglich Verhandlungen mit den Landkreisen OVP, Uecker - Randow und Demmin (teilw.) mit dem Ziel einer Rückholung der Jugendhilfe als örtlicher Träger an die künftige große kreisangehörige Stadt Greifswald zu beginnen.

3. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, unverzüglich Vertragsverhandlungen mit den Landkreisen OVP, Uecker - Randow und Demmin (teilw.) aufzunehmen mit dem Ziel der Übernahme folgender Verträge:

- a) Vertrag zwischen der UHGW und dem HKS Rettungsdienst Greifswald GmbH (HKS/Rettungsdienstleistungsvertrag vom 01.10.2008)
- b) Vertrag zwischen der UHGW und dem Deutschen Roten Kreuz – Kreisverband OVP e.V. (DRK/Rettungsdienstleistungsvertrag vom 01.10.2001)
- c) Vertrag zwischen der UHGW und dem Deutsche Rettungsflugwacht e.V./Luftrettungsvertrag vom 20.11.1995
- d) Mietvertrag zwischen der UHGW und der Ernst-Moritz-Arndt-Universitätsklinik Greifswald vom 25.11.1998
- e) Vertrag zwischen der UHGW und dem Ernst-Moritz-Arndt-Universitätsklinikum Greifswald, geschlossener Vertrag über die notärztliche Versorgung vom 29.04.2008
- f) Vertrag der UHGW und dem Ernst-Moritz-Arndt-Universitätsklinikum Greifswald geschlossenen Kooperationsvertrag über den Einsatz eines ärztlichen Leiters im Rettungsdienst vom 01.04.1995
- g) Vertrag zwischen der UHGW, der AOK, BKK Landesverband Nord-West, IKK Nord in Vertretung für den IKK Landesverband Nord und den Ersatzkassen (Barmer, TK, DAK, KKH, Allianz, Gmünder Ersatzkasse, HEK, Hkk) geschlossenen Nutzungsentgeltvertrag vom 01.01.2011
- h) Vertrag zwischen der UHGW und der Björn-Steiger-Stiftung Service GmbH Winnenden (Rahmenvertrag über die Nutzung von Software zur Notfallortung von Mobilfunkteilnehmern vom 19.03.2007)

Die bezeichneten Verträge sollen zum 03.09.2011 **entweder durch den Landkreis Ostvorpommern oder durch den Landkreis Uecker-Randow** übernommen werden mit der Folge, dass der neue Vertragspartner in sämtliche vertraglichen Verpflichtungen eintritt und die Erfüllung derselben zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Rettungsdienstes auf dem Gebiet der UHGW garantiert.

4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich Verhandlungen mit den Landkreisen OVP, Uecker - Randow und Demmin (teilw.) mit dem Ziel aufzunehmen, die Aufgaben nach dem Personenbeförderungsgesetz ( Vergabe von Taxikonzessionen) auf die UHGW zurück zu übertragen.

5. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin UHGW bei der Geschäftsführung der Stadtwerke Greifswald GmbH und der GEG darauf hinzuwirken das diese unverzüglich in offizielle Verhandlungen mit dem Landkreis OVP und deren Tochtergesellschaft VEO tritt, mit folgendem Ziel: **Übernahme von Gesellschaftsanteilen an der GEG durch die VEO oder den Landkreis OVP mit dem Ziel einer gemeinsamen Abfallentsorgungsgesellschaft für Teile des künftigen gemeinsamen Landkreises unter Beachtung des heute in der Bürgerschaft gefassten Beschlusses unter TOP 4.3 des nichtöffentlichen Teiles.**

Eine **Umsetzung** der Aufgaben gemäß Ziffer 1 – 5 soll nur dann erfolgen, wenn die Finanzierung geklärt ist und die damit einhergehenden Entlastungen und Belastungen für die UHGW im Rahmen einer ordnungsgemäßen Haushaltsführung verantwortbar sind (sog. Finanzierungsvorbehalt).

Darüber hinaus ist im Rahmen der Verhandlungen auf eine angemessene finanzielle Beteiligung des künftigen Landkreises zu achten. Insbesondere sollte eine solche erfolgen, wenn durch die Aufgabenrückholung beim künftigen Landkreis eine finanzielle Entlastung im Hinblick auf eine ansonsten zwingend durchzuführende Aufgabe entsteht.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

**Zu TOP: 5.6 Namensvorschlag für den künftigen Landkreis mit der vorläufigen Bezeichnung Süd-vorpommern**  
B319-16/11

Herr Liskow teilt mit, dass sich das erweiterte Präsidium auf folgendes Verfahren verständigt hat:

Es wird eine offene Wahl durchgeführt. Die Fraktionen stellen ihren Namensvorschlag vor, der an der Videowand sichtbar gemacht wird. Für die Abstimmung wird festgelegt, dass jedes Mitglied der Bürgerschaft mindestens eine Stimme maximal zwei Stimmen hat, wobei auf einen Namen nur ein Vorschlag entfallen darf.

Auf Nachfrage erklärt Herr Liskow, dass aufgrund des LNOG vor dem Namen „Landkreis“ steht. Vom Innenministerium ist auf Nachfrage immer erklärt worden, dass die Systematik des Gesetzes vorschreibt, dass Landkreis davor stehen muss.

Herr Kruse für die CDU-Fraktion:  
Pommernkreis-Greifswald oder Landkreis Pommern-Greifswald

Herr Dr. Bartels für die Fraktion Die Linke:  
Ostseekreis-Greifswald oder Landkreis Vorpommern-Greifswald

Herr Braun für die SPD-Fraktion:  
Ostseekreis-Vorpommern oder Landkreis Ostsee-Vorpommern

Herr Braun fordert, dass noch einmal ganz klar gesagt wird, ob vor dem Namen entsprechend des LNOG Landkreis stehen muss oder nicht.

Daraufhin beantragt für die Linksfraktion Herr Dr. Bartels eine Auszeit, um diese Frage in den jeweiligen Fraktionen zu besprechen und im erweiterten Präsidium zu klären.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Dr. Fassbinder:  
Er ist frustriert, dass diese Frage, ob Landkreis vor dem Namen stehen muss oder nicht, nicht bereits im Vorfeld geklärt wurde, weil er bereits am 22.03.2011 im zuständigen Ausschuss genau diese Frage gestellt hat.  
„Wozu haben wir einen Referenten für die Kreisgebietsreform, wozu tagen gemeinsame Ausschüsse, dass diese Frage nach zwei Monaten nicht geklärt ist, ob da Landkreis vorher dransteht oder nicht. Das find ich unfassbar. Ich hab das Gefühl, wir reden hier im Raum rum und keiner ruft mal im Ministerium an. Also da ist wirklich ein Versagen da und das find ich sehr enttäuschend.“  
Seine Fraktion schlägt für den neuen Kreis den Namen Vorpommern oder Landkreis Vorpommern-Greifswald vor.

Herr Ratjen für die FDP-Fraktion:  
Vorpommern-Greifswald

Herr Hoebel „widerspricht dem Präsidenten ungern“, aber die Vorschriften im LNOG sind relativ eindeutig. § 2 Abs. 2. besagt: „Der Name der zu bildenden Landkreise wird durch gemeinsam mit den Wahlen der Kreistage und Landräte stattfindenden Bürgerentscheide festgelegt. Im Abs. 3. heißt es und das ist das Entscheidende: Jeder bisherige Landkreis und jede einzukreisende Stadt, deren Gebiet ...usw. machen je einen Vorschlag zum Namen des neu zu bildenden Landkreises.

Herr Hoebel bemerkt, dass man durchaus auf den Zusatz „Landkreis“ vor dem Namen verzichten kann.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass die Verwaltung keinen Namensvorschlag unterbreitet. Auch der Kooperationsstab hat sich Gedanken zum Namen gemacht. Er geht davon aus, dass Greifswald „kein Reizwort“ darstellt.

### **Auszeit 20:22 Uhr bis 20:34 Uhr**

Der Präsident teilt mit, dass sich das erweiterte Präsidium geeinigt hat. Zur Abstimmung liegen folgende drei Namensvorschläge vor.

- 1 Pommernkreis-Greifswald
- 2 Vorpommern-Greifswald
- 3 Ostseekreis-Vorpommern

Der Präsident ruft die Mitglieder in alphabetischer Reihenfolge zur Stimmabgabe auf.

### **Abstimmungsergebnis:**

<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>3</b>
Dr. Bartels	Gerhard		x	
Behrendt	Ursula		x	
Berger	Ulrike		x	
Dr. Bittner	Ullrich		x	
Braun	Norbert			x
Burmeister	Ulf		x	
Cymek	Erich	x		
Dr. Fassbinder	Stefan		x	
Dr. Fassbinder	Frauke		x	
Dr. Hardtke	Frank		x	
Heiden	Klaus		x	
Heinrich	Marion		x	
Hochschild	Axel	x		
Hoebel	Torsten		x	
Jochens	Wolfgang	x	x	
Dr. Kerath	Andreas			x
Krille	Edda		x	
Kruse	Christian	x		
Leddin	Angela		x	
Liedtke	Jürgen	x		
Liskow	Franz-Robert	x		
Liskow	Egbert	x	x	
Littmann	Dirk			x
Dr. Matschke	Manfred		x	
Dr. Meyer	Thomas		x	x
Multhauf	Peter		x	
Mundt	Thomas	x		
Pegel	Christian		x	x
Radicke	Christian	x	x	
Ratjen	Sebastian		x	
Richter	Angelika		x	
Schmidt	Karl-Dieter			x
Dr. Schwenke	Mignon		x	
Socher	Birgit		x	
Spring	Ludwig		x	
Dr. Steffens	Rainer	x		
Thonack	Mechthild	x		
Worm	Alexa		x	
Ziola	Ingo	x	x	

**Abstimmungsergebnis:**

- |                                 |                   |
|---------------------------------|-------------------|
| 1. Pommernkreis-Greifswald      | 12 Stimmen        |
| <b>2. Vorpommern-Greifswald</b> | <b>27 Stimmen</b> |
| 3. Ostseekreis-Vorpommern       | 6 Stimmen         |

Damit fasst die Bürgerschaft folgenden Beschluss

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt gemäß § 2 Abs. 3 LNOG M-V als Namensvorschlag für den künftigen Landkreis mit der vorläufigen Bezeichnung Südvorpommern die folgende Bezeichnung:

**Vorpommern-Greifswald.**

Der Namensvorschlag ist dem Innenministerium M-V unverzüglich anzuzeigen.

**Zu TOP: 5.7 Errichtung eines Pflegestützpunktes**

- vom Einbringer zurückgezogen

***Herr Prof. Joecks nimmt wieder an der weiteren Sitzung teil und übernimmt um 20:40 Uhr als Vizepräsident die Leitung der Sitzung.***

**Zu TOP: 5.8 Auftrag zur Überplanung der Wallanlagen im Abschnitt Mühlentor bis Fangenturm**

B320-16/11

Anhand von Lageplänen bringt Frau Dr. Fassbinder den Auftrag zur Überplanung der Wallanlagen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Herr Senator Hochheim erklärt, wenn der Beschluss nun Antrag auf Überplanung der Wallanlagen lauten soll, müssten die haushaltsrechtlichen Auswirkungen mit „Ja“ beantwortet werden, weil das mit Planaufträgen belegt würde.

Herr Hochheim erläutert, dass im Zuge der Vorbereitung der Planungen zwei Stellungnahmen eingeholt wurden. Nach Aussage des Aufsichtsrates der GPG teilt der Senator mit, ist ein Parkhaus an der Holzgasse nicht rentierbar. Es könnte also sein, dass es keine weiterführenden Planungen an der Holzgasse gibt.

Herr Dr. Fassbinder nimmt die Hinweise auf und ihm ist auch klar, dass irgendwann Geld fließen muss. Er geht davon aus, dass vorbereitende Arbeiten auch innerhalb des Amtes erfolgen können. Herr Dr. Fassbinder möchte, dass dieser Beschluss als politisches Ziel gefasst wird.

Herr Kruse macht deutlich, dass sich der Bauausschuss dazu entschlossen hat, diesen Beschluss als Prüfauftrag ohne haushaltsrechtliche Auswirkungen laufen zu lassen.

Herr Prof. Joecks lässt über diesen Beschlussvorschlag als Prüfauftrag abstimmen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Zuge der Planungen für ein Parkhaus an der Holzgasse eine Überplanung für folgende städtebauliche Bereiche vorzubereiten:

- Wallanlagen Abschnitt Mühlentor bis Pulverturm (Fangenturm)

- Fußgängerquerung des Hanserings zwischen Platz der Freiheit und Museumshafen

Dabei sollen die im städtebaulichen Rahmenplan Innenstadt/ Fleischervorstadt 2004 geforderten diesbezüglichen Maßnahmen (insbesondere unter den Pkten. 6.2.1.4, 7.5, 9.3.1, 9.4 und 9.5.3) umgesetzt werden.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 5.9 Atomstromfreie Stadtwerke Greifswald GmbH**  
B321-16/11

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt Frau Berger die Beschlussvorlage als Prüfauftrag ein und nimmt die Begründung vor.

Frau Teetz vom Beteiligungsmanagement gibt die Stellungnahme der Verwaltung ab. Sie teilt mit, dass die Naturstromprodukte, die die Stadtwerke Greifswald anbieten, günstiger als bei dreien unter Punkt 5. aufgeführten Anbieter sind.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Frau Dr. Schwenke, einen zusätzlichen Punkt aufzunehmen, der wie folgt lauten soll:

- 6. Existieren im Bereich der Stadtwerke Sozialtarife für Strom und Wärme?  
Wenn ja, wie viele EinwohnerInnen machen davon Gebrauch?  
Wenn nein, ist an die Einführung von Sozialtarifen gedacht worden?**

Nach den Wortbeiträgen von Herrn Radicke, Frau Socher, Herrn Prof. Matschke, Herrn E. Liskow, Herrn Dr. Fassbinder, Herrn Dr. Bittner und Herrn Ratjen lässt Herr Prof. Joecks über die geänderte Beschlussvorlage als Prüfauftrag in folgender Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister im Hinblick auf atomstromfreie Stadtwerke Greifswald GmbH folgende Punkte zu prüfen:

1. Bis zu welchem Termin ist es möglich den Einkauf von Strom auf zertifizierten Ökostrom umzustellen (z.B. nach VdTÜV-Basisrichtlinie Ökostromprodukte), um so auf die Nutzung von Atomstrom zu verzichten?

2. Welche möglichen Konsequenzen hätte das auf die Entwicklung des Strompreises (in Cent pro kw/h)?  
Woraus ergeben sich eventuelle zusätzliche Kosten?

3. In welchem Umfang wollen die Stadtwerke Greifswald GmbH in Anlagen zur Energieerzeugung, insbesondere in Anlagen, die auf Erneuerbaren Energien basieren, investieren?

4. In welchem Umfang können die Erträge aus den E.E.-Anlagen zur Senkung der Strompreise beitragen?

5. Wie begründen sich ggf. Mehrkosten gegenüber den vier anerkannten Ökostrom-Anbietern?

Anbieter / Grundpreis pro Monat / Verbrauchspreis pro kWh

EWS Schönau 6,90 € / 23,90 ct/kWh

Greenpeace Energy 8,90 € / 24,80 ct/kWh

Lichtblick 8,95 € / 23,64 ct/kWh

Naturstrom 7,95 € / 22,50 ct/kWh

6. Existieren im Bereich der Stadtwerke Sozialtarife für Strom und Wärme?  
Wenn ja, wie viele EinwohnerInnen machen davon Gebrauch?  
Wenn nein, ist an die Einführung von Sozialtarifen gedacht worden?

**Die Ergebnisse der Prüfung sollen im Ausschuss für Bau und Umwelt im September 2011 vorgestellt werden.**

**Abstimmungsergebnis:** bei 21 Ja-Stimmen, 17 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 5.10 Entfernen von Aufklebern**

- vom Einbringer zurückgezogen

**Zu TOP: 5.11 Fusionsforschung Wendelstein 7-X muss gesichert bleiben**  
B323-16/11

Herr E. Liskow bringt den geänderten Beschlussantrag der CDU-Fraktion ein, der zu Beginn der Sitzung ausgereicht wurde. Er nimmt die Begründung mündlich vor.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt Herr Prof. Joecks über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald befürwortet weiterhin den Erhalt der Grundlagenforschung zur Kernfusionsforschung am Stellerator Wendelstein 7-X und setzt sich dafür ein, dass diese wie geplant zu Ende gebracht werden kann.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei einigen Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 5.12 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 - Karl-Krull-Straße - Satzungsbeschluss**  
B324-16/11

Herr Multhauf gibt die Stellungnahme der Ortsteilvertretung Schönwalde I/Süd-stadt ab. Es gibt aber noch Fragen.

Warum geht dieser Rahmenplan über das Gelände der Genossenschaft hinaus? Es geht um den Weg, der von der Karl-Krull-Straße zum Max-Hagen-Weg geht. Es gibt keine Erklärung dafür, warum das Gebiet in den B-Plan einbezogen wird.

Herr Kaiser versteht die Fragen nicht so richtig. Es geht um einen Bereich der Krull-Straße der bebaut werden soll. Teile des Gebietes sind an den Eigentümer verkauft, der Wohngebäude errichten will. Wenn man einen B-Plan ändert, muss man die benachbarten Bereiche mitbetrachten und überplanen.

Herr Liedtke bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass Herr Multhauf heute mit diesen Fragen kommt. Er müsse die Mehrheitsmeinung der OTV zum Ausdruck bringen und sich nicht als Vorsitzender hier hervortun.

Auf die Bemerkungen von Herrn Liedtke geht Herr Multhaus nicht ein. Er ist der Meinung, dass die meisten Bürgerschaftsmitglieder die Situation an dieser Stelle nicht kennen. Mit dieser Vorlage wird nämlich nicht das ganze Gebiet überplant, sondern nur ein Stückchen. Er möchte wissen, wer dort bauen will.

Daraufhin erklärt Herr Kaiser, dass bei jeder Änderung des Bebauungsplanes muss das gesamte Prozedere wie bei der Aufstellung eines Bebauungsplanes durchlaufen werden. Deshalb muss genau überlegt werden, was zu ändern ist, wenn ein neuer Investor kommt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Herr Prof. Joecks über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 – Karl-Krull-Straße – wie folgt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs und des Entwurfs zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 – Karl-Krull-Straße – vorgebrachten Anregungen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Bürgerschaft geprüft und beschließt, wie im Abwägungsprotokoll der Anlage 1 aufgeführt. Der Oberbürgermeister wird die Öffentlichkeit sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis setzen.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. September 2009 (BGBl. I, S. 2585), sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 2006 (GVOBl. M-V S. 102), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2009 (GVOBl. M-V S. 729), beschließt die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 – Karl-Krull-Straße –, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung (Anlage 2).
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 – Karl-Krull-Straße – wird gebilligt (Anlage 3).
4. Der Oberbürgermeister gibt den Beschluss der Satzung zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 103 – Karl-Krull-Straße – gemäß § 10 BauGB ortsüblich bekannt. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit Begründung und Umweltbericht während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

**Abstimmungsergebnis:** bei 30 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 6 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 6      Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt**

Der Oberbürgermeister informiert über Beschlüsse des Hauptausschusses und Termine und wichtige Ereignisse. Die Listen werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Der Kooperationsstab hat letztmalig am 06.05.2011 getagt, wo verschiedene Entscheidungen getroffen wurden. Diese gehen dann in die weiteren Gremien der Gebietskörperschaften und Herr Dr. König bittet die Mitglieder, in den Gremien zeitnahe Beschlüsse zu fassen. Die Verwaltung hat alles aufgelistet, was möglicherweise auf den neuen Kreis übergehen müsste. Er bittet darum, fall es noch Vorschläge gibt, sie bis zum 20.05.2011 einzureichen.

Bezüglich der Schülertransporte informiert der Oberbürgermeister, dass Greifswald die Regelungen des Kreises Ostvorpommern übernimmt.

Der Gutachterausschuss sollte erst einmal seine Hauptstelle in Anklam haben und in Pasewalk und Greifswald sollen Nebenstellen aufmachen.

Herr Hochheim informiert aus dem Dezernat II:

Bislang waren mehrere Versuche der Stadt erfolglos, dem Verein geeignete Grundstücke für das Bürgerhaus anzubieten.

Am 18.05.2011 wird der Greifenbrunnen vor der Stadthalle errichtet. Die Inbetriebnahme wird Mitte Juni sein.

Der Oberbürgermeister informiert, dass es nach wie vor Unstimmigkeiten bei der Finanzierung des Caspar-David-Friedrich-Hauses gibt. Es werden aber weiterhin Gespräche geführt.

Da Herr Multhauf keine Nachfragen zu den Mitteilungen stellt, verweist ihn Herr Prof. Joecks auf den Tagesordnungspunkt 7.

**Zu TOP: 6.1    Beschlusskontrolle**  
**Jugendhilfeplanung - Aktualisierung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**  
B294-15/11

Herr Dembski informiert, dass für die nächste Ausschusssrunde eine Beschlussvorlage für die KiTa „Weg ins Leben“ und eine Informationsvorlage für zwei andere Kindertagesstätten zur Umsetzung des o.g. Beschlusses vorbereitet sind.

**Zu TOP: 7    Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft**

Herr Multhauf:

- zur Demo am 1. Mai

Ihm ist sehr wichtig festzustellen, dass an dem Demokratiefest nicht einfach gefeiert werden kann, wenn an anderen Stellen die Neonazis aufmarschieren.

- zu Berichterstattung über die alte Post

Eigentlich, meint Herr Multhauf, sollte in jeder Bürgerschaftssitzung über den Stand der Arbeiten an der alten Post berichtet werden.

Herr Dr. König, Oberbürgermeister:

Am 10.05.2011 gab es im Bürgerschaftssaal eine Auswertung dessen, was am 1. Mai gelaufen ist. Zu dieser Veranstaltung sind sehr viele Bürgerinnen und Bürger gekommen.

Bezüglich des Stadthauses wird es einen Bericht geben, der in der Bürgerschaft behandelt wird.

Herr Senator Hochheim:

Herr Hochheim korrigiert, dass ein Sachstandsbericht zum Stadthaus im Finanz- und Bauausschuss erfolgen soll. Er informiert, dass die Projektgruppe am

17.05.2011 zusammentreten wird, wo Details zum Projektablaufsplan besprochen werden, die danach dem Bau- und Finanzausschuss vorgestellt werden.

**Herr Liskow übernimmt um 21:40 Uhr die Leitung der weiteren Sitzung.**

**Zu TOP: 8      Mitteilungen des Präsidenten**

Herr Liskow informiert über Beschlüsse des nichtöffentlichen Teiles der Sitzung.  
TOP 4.1 Personalüberleitung des Arbeitsverhältnisses des Leiters des Amtes für Jugend, Soziales und Familie

**Dez. I, 10**

TOP 4.2 Änderung der Genehmigung der Kreditaufnahme nach § 72 KV M-V für das Wirtschaftsjahr 2011 - Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH

**Dez. I, Beteiligungsmanagement**

TOP 4.3 Abfallentsorgung

**SPD-Fraktion**

Im Anschluss an den öffentlichen Teil wird noch der TOP 4.4 Dienstaufsichtsbeschwerde der Fraktion Die Linke gegen den Oberbürgermeister behandelt.

Außerdem informiert der Präsident über eine geplante Sondersitzung der Bürgerschaft am 15. August 2011, wenn der Bedarf besteht. Wenn die Sitzung stattfinden sollte ergehen rechtzeitig Einladungen.

**Zu TOP: 9      Bestätigung der Niederschrift vom 28.03.2011**

Im Protokoll der letzten Sitzung steht auf der Seite 30 unter TOP 8. eine falsche Jahreszahl. Der Präsident bittet „2011“ in „**2010**“ zu korrigieren.

Mit dieser Korrektur lässt der Präsident über die Niederschrift abstimmen.

**Abstimmungsergebnis:**      bei 30 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und  
6 Stimmenthaltungen beschlossen

**Zu TOP: 10      Schluss der Sitzung**

**21:45 Uhr**

für das Protokoll

Egbert Liskow  
Präsident

Schult  
Sachbearbeiterin

**Anlagen:**

- Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und deren Beantwortung
- Fragen der SPD-Fraktion und deren Beantwortung
- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- Termine/wichtige Ereignisse
- Liste der Beschlusskontrolle in den Fachausschüssen April 2011